

Wir nennen uns „NoLager“, weil wir meinen, dass eine Gesellschaft, in der Menschen gezwungen werden in Lagern zu leben, keine gute Gesellschaft ist.

Nicht nur für die Betroffenen.

Auch nicht für die anderen.

Für niemanden!

Die Asylsuchenden hängen in einer Bürokratie fest, die sie ihrer Bewegungsfreiheit komplett beraubt.

Sie werden vom Rest der Bevölkerung räumlich separiert und sozial isoliert.

Und sie werden einer vollständigen Kontrolle unterworfen!

Sie haben keinerlei Einfluss darauf, wo sie hin"verteilt" werden – ob sie irgendwo Verwandte, Freunde oder communities haben, spielt keine Rolle.

Und dass sie im Laufe ihres Verfahrens immer wieder an andere Orte umziehen müssen, macht es schwierig, sich einzuleben, Freundschaften zu schließen und sich zu organisieren.

Unsere Kritik zielt nicht nur auf die Erstaufnahmeeinrichtungen ab.

Diese mögen am spektakulärsten sein und, auch hier in Freiburg, die dramatischsten Schlagzeilen liefern.

Doch das Lagersystem ist sehr viel weitreichender und vielgestaltiger.

Auch in Anschlussunterkünften kommt es zu Verletzungen der Menschenwürde.

Und jetzt?

Während sich die deutsche Öffentlichkeit im Willkommenstaumel selbst feiert, brennt fast TÄGLICH eine Unterkunft!

Und die Bundesregierung drückt mal eben binnen weniger Tage die krasseste Asylrechtsverschärfung seit 1992 durch.

Unterstützt, wieder einmal, vom angeblich grünen Stuttgarter Ministerpräsidenten Kretschmann.

Aus unserer lagerkritischen Perspektive sind folgende Punkte des gestern im Bundesrat abgenickten Gesetzes besonders entsetzlich:

Asylsuchende in Erstaufnahmeeinrichtungen bekommen künftig nur noch Sachleistungen und keinerlei Bargeld mehr.

Bisher stand ihnen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ein Taschengeld zu, welches in Höhe von 148€ noch nicht einmal das sogenannte Existenzminimum erreicht

In der BEDARfSORIeNtIERTENERstaufnahmeeinrichtung hier in Freiburg wurden, seit der Eröffnung am 04.09., einfach schon mal Fakten geschaffen, die nun nachträglich in Gesetz

gegossen wurden.

Hier hat niemand Geld bekommen.

Alle Personen, die hier in den vergangenen Wochen ihr Recht auf Bargeld einklagen wollten, wurden binnen weniger Tage nach Karlsruhe verlegt. Damit war das Regierungspräsidium Freiburg für diese Menschen nicht mehr zuständig und die Klagen hinfällig.

Wer in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnt, bekommt in Zukunft keine Arbeitserlaubnis mehr. Immer wieder wenn wir an der BEA sind, hören wir von Leuten dort, wie belastend es für sie ist, abhängig zu sein, und dass sie nicht zur Last fallen wollen. Aber anstatt hier studieren oder arbeiten zu können und ihr Leben zu leben, sind sie gezwungen zu warten, und nichts zu tun als zu schlafen und zu essen. Kein Platz für Träume. Kein Platz für ein Selbstbestimmtes Leben

Die Bundesregierung definiert Albanien, Kosovo und Mazedonien ab dem 1. November wider besseres Wissen zu sogenannten "sichere Herkunftsländern".

Roma und andere, die aus diesen Ländern nach Deutschland flüchten, müssen nach der neuesten Asylrechtsverschärfung für die gesamte Dauer ihres Asylverfahrens in den Erstaufnahmelagern bleiben.

Sie müssen monatelang, ein halbes Jahr oder länger, unter diesen entsetzlichen Bedingungen leben!

Von dort aus kann man sie leichter abschieben - und es wird kein Hehl daraus gemacht, dass das auch eine abschreckende Wirkung haben soll!

70 Jahre nach Kriegsende werden in Deutschland - wie in Manching bei Ingolstadt - gesonderte Abschiebelager für die Angehörigen einer Gruppe gebaut, an der damals ein Völkermord verübt wurde. Das ist scheußlich!!

Kretschmann hat gestern gesagt: "Grenzen auf - das geht auch nicht. Offene Grenzen stellen die eigene Gesellschaft in Frage"

Ich sage lasst uns alle Grenzen bekämpfen die es gibt. Die Grenzen in unseren Köpfen, die Grenzen und Zäune rund um die Lager. Und die Grenzen die, die reichen von den armen Ländern Trennen!
No BORDER, NO NATION, STOP DEPORTATION